

Die Pressefreiheit und Europa

Seit der Niederschlagung des Putschversuchs vom 15. Juli erleben die türkischen Medien eine massive Repressionswelle. Der Türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan nahm den Umsturzversuch zum Vorwand, seine ohnehin bislang schon nicht zimperliche Haltung gegenüber Medien und Journalist_innen in eine regelrechte Jagd auszuweiten. Mit dem Argument Medien und auch Journalist_innen hätten den Putsch unterstützt, ließ er über 130 Medien-Organisationen verbieten, darunter 45 Zeitungen, 16 TV-Sender, 29 Verlage und drei Nachrichtenagenturen.

Schon kurz nach dem misslungenen Putsch wurden die ersten Haftbefehle gegen Journalist_innen erlassen. Erst 42, dann 47 weitere sollten auf diese Art mundtot gemacht werden. Der am 20. Juli verhängte Ausnahmezustand setzt unter anderem das Recht der Bürger_innen aus, sich wegen Verletzungen ihrer Rechte an das türkische Verfassungsgericht zu wenden und trotz Erdoğan's Versprechen die Pressefreiheit zu achten, geht er rigoros gegen anders Denkende vor.

Weiters wurden zehntausende Richter_innen, Beamt_innen, Lehrer_innen und Wissenschaftler_innen einfach mal so aus dem Dienst entfernt und daher muss sich die Türkei die Frage nach der Rechtsstaatlichkeit gefallen lassen. Journalist_innen, Universitätsangehörige, Intellektuelle wurden von Erdoğan als Terrorist_innen diffamiert und als solche an den Pranger gestellt, mundtot gemacht. In der Rangliste von Reporter ohne Grenzen steht die Türkei an 151. Stelle bei insgesamt 180 analysierten Ländern.

Von der Europäischen Union ist an diesem Vorgehen kaum Kritik zu hören. Die deutsche Kanzlerin riet lediglich zur „Verhältnismäßigkeit“ und Jean Claude Juncker machte darauf aufmerksam, dass es die EU nicht tollerierte, wenn Antiterrorgesetze dazu missbraucht werden Journalist_innen, Akademiker_innen und andere ins Gefängnis zu stecken. Doch sonst ist nicht viel zu hören und das hat mit dem generellen Umgang der EU mit der Pressefreiheit zu tun. Hier einige Beispiele:

Viktor Orbán hat in Ungarn vorgemacht was jetzt in der Türkei passiert. Orbán hat die Mediengesetze massiv umgebaut, hat für Massenentlassungen bei staatlichen Medien gesorgt und die Medienlandschaft gleichgeschaltet. Jede kritische Berichterstattung wird unterbunden. So haben zum Beispiel heuer im Frühling sieben Journalist_innen, die für den Ministerpräsidenten unbequeme Fragen stellten, einfach Hausverbot im Parlament bekommen. Öffentlich-rechtlichen Medien sind, wie es der ungarische Investigativjournalist Attila Mong nennt, seit der Machtübernahme von Orbán lediglich ein „von der Regierung kontrolliertes Sprachrohr“. Ungarn steht auf der jährlichen Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen auf Platz 67.

In Polen hat die regierende Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) in atemberaubender Geschwindigkeit begonnen, den Medienapparat total umzubauen. Das neue Mediengesetz, das im Januar in Kraft getreten ist, hat das Aufsichtsgremium der öffentlich-rechtlichen Medien entmachtet und ab sofort werden die Führungspositionen von der Regierung bestimmt.

Auch in Kroatien ist es im August zu massiven Umstrukturierungen des Personals und paradigmatischen Programmumstellungen beim staatlichen Sender HRT gekommen. Diese offensichtliche Beeinflussung durch die Regierung wird von Reporter ohne Grenzen als ein „Angriff auf die Medienfreiheit“ bezeichnet. Dem entsprechend ist Polen in der Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen um 19 Plätze nach unten auf Rang 47 gerutscht. In Deutschland liegt gerade ein Entwurf für ein neues Gesetz zum Bundesnachrichtendienst

(BND) vor, in dem es erlaubt werden soll, dass Journalist_innen und andere Berufsgeheimnisträger_innen wie Ärzt_innen und Anwälte_innen außerhalb der EU praktisch schrankenlos überwacht werden dürfen, wenn dieses im politischen Interesse der Bundesrepublik ist. Reporter ohne Grenzen sieht in der Überwachung ausländischer Journalist_innen einen schwerwiegenden Angriff auf die Pressefreiheit weltweit. Deutschland steht auf der jährlichen Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen auf Platz 16. Österreich steht in der Rangliste übrigens auf Platz 11. Auch kein Ruhmesblatt.

Markus Schennach
Oktober 2016